Die Pandemie ist nicht demokratisch, sie verstärkt die Ungleichheit auf der Welt zum Schaden aller

Wie durch ein Brennglas zeigt die Corona-Pandemie die Ungleichheit in der Welt. Weil sie die Armen am stärksten trifft, vertieft und verlängert sich die Krise für alle. Es ist höchste Zeit, die Bekämpfung der Ungleichheit zu einer politischen Priorität zu machen.

Es gab eine kurze Zeit am Anfang der Pandemie, da hiess es, neben all dem Leid, das dieses Virus verursache, gebe es zumindest einen positiven Aspekt: dass Corona alle treffe. Präsidenten, Millionärinnen, Berühmtheiten – niemand sei gefeit gegen eine Ansteckung und einen möglichen schweren Verlauf. Das lasse, so die damalige Hoffnung, die Welt zusammenrücken. Es lasse ein Bewusstsein dafür entstehen, dass das Problem nur gemeinsam zu lösen sei. Dass es nur dann vorwärtsgehe, wenn es für alle vorwärtsgehe. Corona, so dachte man, werde zum grossen Gleichmacher.

Knapp ein Jahr später gilt es nüchtern festzuhalten: Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Die Pandemie hat in aller Deutlichkeit die Ungleichheit der Welt aufgedeckt. Und sie wird diese in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach beträchtlich verstärken.

«Katastrophales moralisches Versagen»

Am sichtbarsten hat sich dies bisher im globalen Kampf um Impfdosen gezeigt. Zwar war von den politischen Entscheidungsträgern noch bis in den letzten Sommer hinein allenthalben versichert worden, eine faire weltweite Verteilung der verfügbaren Vakzine sei die einzige Strategie, um die Pandemie rasch zu beenden. Doch hinter den Kulissen hatten jene Staaten, die es sich leisten konnten, längst damit begonnen, sich riesige Mengen Impfdosen zu sichern – ohne Rücksicht auf andere.

Bereits im November hatten die meisten Industrieländer weit mehr Ampullen für sich reserviert, als sie für den Schutz ihrer Bevölkerung benötigten. In Grossbritannien beispielsweise waren es 200 Millionen – für 66 Millionen Einwohner. Als sich schliesslich die finanziell weit weniger potenten Entwicklungsländer um Impfstoffe bemühten, waren die Regale längst leer geräumt.

Die Folgen dieses Impfnationalismus, der keiner epidemiologischen Logik folgt, sondern einzig dem Faustrecht des Stärkeren, sind bereits heute ersichtlich: Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden bisher 95 Prozent aller Impfungen in nur zehn Ländern verabreicht. Während im laufenden Jahr in Europa und den USA die Bevölkerung wohl durchgeimpft werden kann, dürften in Entwicklungsländern neun von zehn Menschen leer ausgehen. In Teilen Afrikas könnte es gar bis 2024 dauern, bis genügend Impfdosen verfügbar sind, um alle zu schützen. «Die Welt steht am Rand eines katastrophalen moralischen Versagens», so kommentierte der WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus dieses Ungleichgewicht vor einigen Tagen in ungewöhnlicher Schärfe.

Die Rückkehr zur Normalität wird in Entwicklungsländern folglich wohl viel später erfolgen als in den westlichen Industrieländern. Das hat desaströse Folgen, zumal die betroffenen Staaten wirtschaftlich bereits heute am stärksten unter der Pandemie leiden.

Länder wie Malawi, Haiti oder Burkina Faso können sich umfassende staatliche Hilfsprogramme und Stimulus-Pakete nicht leisten. Lockdowns, Handelseinschränkungen und der globale Nachfrage- und Investitionsrückgang treffen diese Volkswirtschaften unmittelbar. Das Resultat: Erstmals seit zwanzig Jahren steigt die Zahl der extrem Armen wieder an. Laut der Weltbank werden nach der Pandemie bis zu 150 Millionen Menschen mehr um die nackte Existenz kämpfen als davor. Fast ebenso viele sollen Corona-bedingt erstmals mit akutem Hunger konfrontiert werden. Unzählige haben ihren Job verloren, manche vielleicht die Aussicht auf eine bessere Zukunft: In zahlreichen Ländern Afrikas, wo Fernunterricht übers Internet für die meisten ein Wunschtraum bleibt, sind die Schulen seit zehn Monaten geschlossen.

Der Internationale Währungsfonds sprach schon im vergangenen Sommer von der Gefahr eines «verlorenen Jahrzehnts» für Entwicklungsländer. Das ist keine Panikmache, sondern die wahrscheinlichste Prognose. Spätestens beim Blick auf die in den letzten Monaten nochmals deutlich gestiegene Schuldenlast der ärmsten Länder wird das deutlich. Ein Beispiel: In Nigeria, dem Riesen Afrikas, fliesst 2021 knapp die Hälfte der Staatseinnahmen in die Bedienung von Schulden – ein Vielfaches mehr als vor wenigen Jahren. Um die laufenden Kosten etwa im Gesundheits- oder Erziehungsbereich zu decken, muss der Staat weitere Schulden aufnehmen – eine fatale Abwärtsspirale ohne sichtbares Ende.

Tiefe Gräben auch im Westen

Dass nicht alle vor dem Virus gleich sind, gilt nicht nur im globalen Vergleich der Länder, sondern auch auf nationaler Ebene – gerade in den Industriestaaten.

Das zeigt sich beim Blick auf die gesundheitlichen Risiken. Studien aus den USA und Grossbritannien haben bereits früh nachgewiesen, dass gewisse Bevölkerungsgruppen – etwa Geringverdiener, Schwarze oder Latinos – ein deutlich höheres Corona-Ansteckungs-Risiko ausweisen als die weisse Mehrheit. Die Pandemie schafft also auch hier eine Hierarchie der Not: Wer unten steht, leidet mehr.

In der Schweiz ist das nicht anders. Gemäss einer jüngst veröffentlichten Studie aus Genf sind die Infektionsraten in ärmeren Quartieren der Stadt deutlich höher als in den wohlhabenden. Ähnlich dürfte es im Übrigen bei der psychischen Belastung aussehen. Im Einfamilienhaus mit Umschwung sind Lockdown und Home-Office-Pflicht selbstredend weniger einschneidend als in einer bescheidenen Mietwohnung.
Besonders deutlich zeigt sich die Ungleichheit innerhalb der Länder bei den Folgen der Pandemie auf dem Arbeitsmarkt. In der EU hat im ersten Halbjahr 2020 fast jeder zehnte Angestellte ohne Fachqualifikation seinen Job verloren, während unter Angestellten mit einer tertiären Ausbildung die Arbeitslosenquote sogar sank. Selbiges gilt für die USA: Hier verloren während der Krise im Niedriglohnsektor fast viermal so viele Menschen ihre Arbeit wie in Branchen mit hohen Löhnen. Seit Mai letzten Jahres sind deshalb rund acht Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner unter die Armutsgrenze abgerutscht.

Eine zentrale politische Herausforderung unserer Zeit

Das zeigt: Die Pandemie ist nicht demokratisch. Sie diskriminiert vielmehr jene, die bereits vor dem Ausbruch in der zweiten oder dritten Reihe standen. Die Krise legt in gnadenloser Schärfe

offen, was uns Menschen unterscheidet – und wie bedeutsam diese sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede sind.

Zu einem gesellschaftlichen Zusammenrücken hat dies nicht geführt. Das Gefühl, mit allen gemeinsam ein «Gefährdungsschicksal» zu teilen, wie es der Soziologe Ulrich Beck nennt, ist, sofern es überhaupt je bestand, nach den ersten Pandemiewochen verblasst und hat auch in der politischen Debatte kaum Spuren hinterlassen.

Diese Ignoranz wirft ein bedenkliches Schlaglicht auf unseren moralischen Anspruch an uns selbst als Gesellschaft. Sie ist aber auch politisch unklug. Denn eigentlich zeigte sich in den letzten Monaten sodeutlich wie selten zuvor, dass Ungleichheit Krisen verlängert und verschärft. Und dass die Länder, welche die sozialen und wirtschaftlichen Negativfolgen bisher besser einzudämmen vermochten, oft jene sind, die in puncto Ungleichheit besser dastehen.

Mit Blick auf die Verteilung der Impfstoffe wäre eine Kurskorrektur, die das globale Ungleichgewicht zumindest minderte, noch möglich – und relativ simpel: Die in den Industrienationen überschüssigen Impfdosen müssten rasch freigegeben werden. Und jene Länder, die nicht über das Geld oder die logistischen Mittel für eine flächendeckende Impfaktion verfügen, müssten grosszügige und unkomplizierte Unterstützung erhalten. Immerhin: In der EU und neu auch in Washington war nach der lauten Kritik in den letzten Tagen vermehrt davon die Rede, diesen Weg nun einzuschlagen.

Längerfristig aber ist es mit einer politischen Notfallübung nicht getan. Aus dieser Krise zu lernen – und sich auf die nächste besser vorzubereiten –, heisst über den Tag hinaus, die soziale Ungleichheit endlich als eine zentrale politische Herausforderung unserer Zeit anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Wem die Moral dafür nicht Antrieb genug ist, der sollte sich von der Vernunft leiten lassen – und er wird zu denselben Schlüssen kommen: Diese Pandemie und ihre Folgen sind erst vorbei, wenn sie überall vorbei sind. Und die nächste Krise wird weniger rasch kommen und weniger weitreichend sein, wenn der Graben zwischen Arm und Reich nicht grösser wird, sondern kleiner.